

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Ein großer Teil von Euch, die ihr heute auf dem Marktplatz zur traditionellen Montagsdemo wieder versammelt seid, hat sicher auch an der Bürgerversammlung am 2. 4. 2013 im Klubhaus WSF teilgenommen. Jeder hat natürlich einen eigenen Eindruck von dieser Veranstaltung gewonnen und ist zu eigenen Ergebnissen gekommen. Als Vorstand der BI haben wir kurz nach der Veranstaltung auch unsere Eindrücke ausgewertet und in einer Erklärung am 3. 4. 2013 im Internet unter der Adresse WSFèr Seiten veröffentlicht. Unser Vorstandsmitglied Gernot Thielitz hat es wiederum gekonnt mit knappen Worten auf den Punkt gebracht. Zum Einen, Bürgermeister und Verwaltung bewegen sich mit kleinen Schritten auf die Bürger zu. Zum Anderen, Hauptverantwortlicher für die Misere in Weißenfels ist und bleibt der Schlachtbetrieb Tönnies. Die Entwicklung, die zur Überlastung der Kläranlage führte ist in dieser Erklärung nochmals kurz dargestellt. Viel gründlicher ist diese Entwicklung unter der Internetadresse von Pro WSF nachzulesen. Das Ganze hat natürlich mit den vielen Vorteilsgewährungen zu tun, die Lobbyisten aus Stadtrat, Verwaltung und eines „umgefallenen“ Bürgermeisters in Richtung Tönnies leider bisher erfolgreich und zum Schaden ihrer Bürger durchgezogen haben. Dabei ging und geht es nicht allein nur ums Abwasser, was bei 10Mill€ Strafabgabe schon schlimm genug ist. Ein interessantes Detail wurde am 2. 4. von einem BI Mitglied in die Debatte geworfen. Die Stadt hat es immer wieder versäumt vom Schlachtbetrieb Tönnies Erschließungsbeiträge für Infrastrukturmaßnahmen einzufordern. Der Sachverhalt wurde vom OBM Risch anerkannt und dem damaligen Bauamt unter Leitung von Herrn Jähnel (nebenbei immer noch CDU Vorsitzender des Stadtverbandes) angelastet. Ob es bloße Versäumnisse sind, oder es sich um strafwürdiges Verhalten bis hin zu Steuervergehen handelt wird sicher noch zu untersuchen sein. Notfalls werden wir als BI die Kommunalaufsicht des Burgenlandkreises einschalten und um eine rechtliche Bewertung bitten. Eins ist aber Fakt, handelt es sich in ähnlichen Fällen um Kleinbetriebe, Handwerk usw., dann ist unsere Verwaltung nicht so zart besaitet. Für alles und jedes wird die Hand aufgehalten. Deshalb ist die Aussage des Berichterstatters der MZ Lokalredaktion, Herr Andreas Richter, mit großer Vorsicht zu betrachten. Wir können die Aussage „Industriebetriebe sollen jetzt mehr bezahlen“ nicht einfach unkommentiert stehen lassen. In der Bürgerinitiative sind neben Bürgern zahlreiche Firmen, Kleinbetriebe und Handwerker vertreten. Diese sind genauso von einer möglichen einseitigen HKB – Abwälzung betroffen, wie die privaten Wohngrundstücksbesitzer. Als BI haben wir immer wieder auf die eigentlichen Verursacher dieser unsäglichen Zustände hingewiesen. Es sind die großen Lebensmittelbetriebe der Stadt, allen voran der Schlachtbetrieb Tönnies mit seinem Firmengeflecht, die Molkerei Frischli, die Lieken Großbäckerei und die Fa. Suggar & Fruit mit großen Abstrichen die Agenda Schokoladenfabrik und der Textilservice. Dies ist keine „Erfindung“ der BI, sondern eine nachlesbare Feststellung der ZAW - jetzt AöR -Geschäftsführung und Grundlage der Feststellung von über 70% Nutzungsanteil an der kommunalen Abwasserbehandlung. Selbstverständlich nicht dazu gehören Einrichtungen der kommunalen Fürsorge, wie Krankenhaus, Schulen, Kindergärten oder auch Bundeswehr. Als allgemeine Grundregel gilt die 10% Regel, d. h. bei einem kommunalen Anteil von z. Zt. 33.500 EGW an Frachtaufkommen gehören Einleiter mit bis zu 3.350 EGW zum kommunalen Bedarf.

Ausnahmen, wie die Behandlung von großen Wohnungsverwaltungen sind als Detailfragen zu untersuchen und zu regeln. Wir lassen es auf jeden Fall nicht zu, dass ein Keil zwischen die Betroffenen geschoben wird. War es nun Absicht oder Unvermögen des Lokalredakteurs der Mitteldeutschen Zeitung? Im ersteren Fall hätte er das „Eichenlaub“ zum Zitronen – Orden verdient!

Schon an diesem Beispiel ist erkennbar, wie dringend notwendig ein „Runder Tisch“ ist. Ein anderes Beispiel ist die „Tiefenbegrenzung“ von Grundstücken, die nach Aussage des OBM zur Überprüfung ansteht. Diese stand nie in Frage, es geht um die Flächenbegrenzung übergroßer privater Wohngrundstücke. Eine einfache Verwechslung von Begriffen, wie sich in der Bürgerversammlung herausstellte, aber mit schwerwiegenden Folgen, falls es der Aufmerksamkeit entgeht. Herr Gernot Thielitz hat die Folien mit den Aussagen des OBM abfotografiert. Die BI wird die Bildaussagen zusammenfassen und ins Netz stellen. Ist es bloßes Wunschdenken und Beruhigungsspiel oder steht eine ernsthafte Absicht dahinter. Wir werden es sehen und dann auch nachvollziehen können, wir hoffen natürlich nicht mit einem Ausgang, wie es sein damaliges Wahlprogramm genommen hat.

Wir als BI fordern nicht nur das Planen, das Prüfen das Untersuchen und Ermitteln und was sonst noch an schwammigen Aussagen möglich ist, sondern feste, konkrete Beschlüsse mit einer erforderlichen Mehrheit in AöR und Stadtrat. Dieser 4 Schritte Plan muss daher neu als Festlegung formuliert werden, wenn er die Anerkennung der WSF'er Bürger verdienen soll.

1. Erhebung gesonderter Beiträge zur Erweiterungsinvestition

(Es gilt das Prinzip, wer bestellt, der bezahlt. Wer den größten Nutzen/Vorteil hat muss auch den größten Beitrag leisten)

2. Erhebung eines HKB III Zuschlags (Art – Zuschlag)

Hier muss das Solidaritätsprinzip Anwendung finden, d. h. die großen LM Betriebe beteiligen sich gemäß ihren Anteil an der Nutzung der kommunalen Kläranlage an allen Kosten, incl. der leitungsgebundenen Aufwendungen (70%: 30% Beteiligung für alles)

3. Einführung eines differenzierten Gebührensatzes

Es gilt als erstes den nahezu lächerlichen Starkverschmutzerzuschlag auf den Prüfstand zu stellen und reale Forderungen aufzumachen. Es ist auch in WSF, wie in anderen Bundesländern geschehen, möglich, Investitionen aller Art über Gebührensuschläge zu finanzieren. Wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, muss natürlich das „Kellner – Prinzip“ gelten.

4. Sondervereinbarung mit Großenleitern

Dazu gibt es den Vorschlag von Gernot Thielitz. Wir, heute hier auf den Markt versammelten Bürger, fordern vom OBM Risch, greifen sie das Thema auf, fahren sie mit einer Delegation nach Reda Wiedenbrück. Aber mit einer klaren Ansage, dass es so wie bisher in WSF nicht weiter gehen kann. 30 Mill€ sind beileibe kein Wunschdenken, sondern haben ihren realen Hintergrund in den ständigen unersättlichen „Rauspressen“ von Sonderwünschen zur Gewinnmaximierung auf Kosten einer Region, einer Kommune und ihrer Bürger. Der Betrag ist eher zu niedrig als zu hoch angesetzt. Das Fass an Zumutungen und finanzieller Belastungen ist nicht nur voll, sondern längst schon übergelaufen.. Hier gilt es Maßstäbe wieder gerade zu rücken und in Stadtrat und Verwaltung für ein Umdenken, notfalls auch für Veränderung zu sorgen. Eine Pressemeldung dieser Tage machte

aufmerksam, Bürgermeister und Stadträte von Stößen treten wegen Problemen mit dem Abfallrecht geschlossen zurück. Dies wäre jedenfalls auch für WSF eine Lösung, wenn die Tönnies – Lobbyisten weiterhin denken, sie können in dieser Stadt weiter so bedenkenlos schalten und walten wie bisher. Als Bürgerinitiative werden wir diesen Prozess eines nun beginnenden langsamen und zögerlichen Umdenkens, wie er in der Bürgerversammlung ansatzweise sichtbar wurde, intensiv begleiten. Es gibt dazu bereits weitergehende Vorstellungen. Auf einer vorangegangenen Montagsdemo wurde auch die im Entwurf neu ausgearbeitete Kommunalverfassung von Sachsen Anhalt vorgestellt. Diese soll Sachsen Anhalt vom Schlusslicht bezüglich Bürgerrechte wieder ins Mittelfeld bringen. Dabei geht es auch um Instrumente von basisdemokratischem Verhalten, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Wer es auf der Bürgerversammlung beobachtet hatte gab es innerhalb des BI Vorstandes und unserer Anwältin (Telefon) eine Diskussion. Sie riet uns ab, bereits jetzt bezüglich Abwasser ein Bürgerbegehren in Gang zu setzen. Die BI wird dadurch sehr leicht in die Ecke von Industrieverhinderern gestellt. Wie sehr sie Recht hatte, sehen wir an den Pressekommentaren, die genau dies versuchen (war es gesteuert ist hier die Frage?). Aber bei einem anderen Thema bestehen ihrer und unsererseits keine Bedenken. Es geht um die unsinnige Geldverschwendung, die mit dem Beschluss zur einen aus dem städtischen Haushalt finanzierten Rampenanbindung der B91 in Gang gesetzt wurde. Alle Betroffenen, besonders die Betroffenen aus dem Ortsteil Burgwerben versichern, dass Hauptnutznießer der Schlachtbetrieb Tönnies ist. Auch das Argument einer Verkehrsentlastung der Schlachthofstraße und der Burgwerbener Straße zählt nicht, da sich der innerstädtische Verkehr dieser neuen Möglichkeit bedienen wird. Es wird mehr Lärm und mehr Belastung als weniger und dies alles auf Kosten der Allgemeinheit. Die BI hat vergangene Woche eine Vorab – Prüfung eines Bürgerbegehrens mit anschließenden Bürgerentscheid beim Rechtsamt der Stadt eingereicht, mit Kopie an OBM und Stadtratsvorsitzenden. Dieses Vorgehen findet Unterstützung bei Stadträten und OT Bürgermeistern wie eine erste Befragung ergab. Nach derzeitiger Gemeindeordnung benötigen wir 3000 Unterschriften von Wahlbürgern der Stadt für einen Erfolg, d. h. für einen darauf folgenden Bürgerentscheid. Für uns als BI ist es wichtig diesen Weg zu gehen, als eine Art Notbremse auszutesten, in einen praktischen, konkreten Fall mit einer sinnvollen Fragestellung und zu unser aller Nutzen.

Wir können damit demonstrieren, dass es uns auch in anderen Angelegenheiten sehr sehr ernst ist mit unseren Worten. Es reicht mit der einseitigen Bevorteilung von Tönnies und anderen großen LM Betrieben zu Lasten von uns Bürgern. Es muss ein für alle mal Schluss sein mit dem sinnlosen Geld zum Fenster raus werfen, ob es die Rampe ist, die Bahnhofstraße oder das Klärwerk. Am Ende der Bürgerversammlung ist unsere Frage an Sie eventuell zu überraschend und zu kurz begründet daher gekommen. Wir möchten sie daher im Anschluss wiederholen. Es ist für den Vorstand der BI wichtig bei allen Themen den Rückhalt durch die Bürger von WSF zu verspüren. Deshalb nochmals die Wiederholung der Fragestellung, gehen Sie diesen Weg einer Gemeinschaftsaktion der BI Pro WSF und BI für soz. gerechte Abwasserabgaben mit uns zusammen.